

Durchbruch im Streit ums Schenefelder Grün

Arbeitsgruppe einigt sich darauf, **Landschaftsschutzflächen** möglichst nicht anzutasten

KATY KRAUSE

SCHENEFELD :: Eine Mammut-sitzung hat vollbracht, an was viele der Beteiligten nicht mehr glauben mochten. In Schenefeld liegt eine Einigung im Streit um den Erhalt von Grünflächen auf dem Tisch. Der schwer erkämpfte Leitbild-Satz für die Stadt, auf den sich die Vertreter verschiedener Parteien und Verbände verständigen konnten, lautet somit: „Wohnbebauung soll sich auf den bereits besiedelten innerstädtischen Bereich konzentrieren. Grünflächen, insbesondere Landschaftsschutzflächen, sind zu schonen und zu erhalten.“ Nach zahlreichen Treffen, heftigen Diskussionen und einer acht Stunden langen Sitzung am Sonnabend konnte Bürgermeisterin Christiane Küchenhof nun verkünden: „Ja, wir haben



Der Druck auf uns als Initiative war groß. Aber wir konnten den Unterstützern nicht in den Rücken fallen.

Herbert van Gerpen

Die Erleichterung über den errungenen Kompromiss in der eigens eingerichteten Arbeitsgruppe Leitbild war ihr dabei deutlich anzuhören. Kein Wunder: Es ist ein Durchbruch nach jahrelangen Querelen. Immerhin seit 2009 gärt der Streit ums Grün. Nachdem die Politiker aller Parteien beschlossen hatten, für die Neuaufstellung des städtischen Flächennutzungsplans in großem Maße Wiesen und Weiden aus dem Landschaftschutzgebiet zu lösen, um neuen Platz für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen zu schaffen, formierte sich der Protest. Die Bürgerinitiative (BI) „Wohnqualität im Grünen“ um die drei Sprecher Rüdiger von Ancken, Heinz Grabert und Adolf Holtschneider gründete sich Anfang 2011. Sie machten mit Flyern und verschiedenen Aktionen auf das Thema immer wieder aufmerksam und scharrten so zahlreiche Unterstützer um sich.

Für den Schutz des grünen Gürtels, der Schenefeld umgibt, votierte auch eine deutliche Mehrheit während einer Einwohnerversammlung. Als die Parteien trotzdem am Wachstumsplan festhielten, ging die BI in die Offensive und sammelte 2500 Unterschriften, um ein Bürgerentscheid zu erwirken. Die Kommunalaufsicht des Kreises Pinneberg lehnte aus formalen Gründen das Begehren ab, die BI klagt gegen die Entscheidung beim Verwaltungsgericht.

Nun liegt auf dem Tisch, was sich die engagierten Vorkämpfer für Schenefelds Grüngürtel gewünscht haben. „Damit können wir gut leben. Mehr konnten wir nicht erwarten“, sagt Heinz Grabert. Aber er macht auch klar: „Das ist nur ein kleiner Schritt.“ Er und seine Mitstreiter trauen dem Kompromiss nicht. Dafür gibt es noch zu viele Hürden, die es zu nehmen gilt. Der Vorschlag wird als Gesamtpaket mit weiteren Zielsätzen für die Entwicklung der Stadt wie Umgang mit Kultur und Förderung von Sport den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt. Anschlie-



Für den Erhalt des Grüns kämpfen Herbert van Gerpen (v.l.), Adolf Holtschneider, Rüdiger von Ancken und Heinz Grabert von einer Bürgerinitiative Foto: Katy Krause

ßend muss die Ratsversammlung zustimmen. Die früheste Sitzung, auf der die Ratsmitglieder über das Leitbild abstimmen können, ist laut Küchenhof im Januar geplant. Doch auch dann will die BI ihre Klage nicht zurückziehen. „Erst, wenn der neue Flächenutzungsplan aufgestellt ist und die Landschaftsschutzflächen dabei unangetastet bleiben, erst dann ist sicher, dass wir hier Frieden haben“, so Grabert.

Schenefelds Bürgermeisterin Christiane Küchenhof ist optimistischer. Für sie ist der gefundene Kompromiss ein sensationelles Signal – und das, obwohl sie sich für eine Ausdehnung Schenefelds und somit für die Herauslösung von Flächen aus dem Landschaftschutzgebiet als wichtiges Entwicklungsinstrument ausgesprochen hatte. Wie das zusammen passt? „Dieser Satz beinhaltet keine Ausschließlichkeit. Falls es irgendwann mal

nötig sein sollte, Landschaftsschutzflächen anzuknabbern, widerspricht das nicht dem Kompromiss“, sagt Küchenhof. Der einzige Wermutstropfen an dem Durchbruch ist, dass eine große Partei am Tisch fehlte. Die Christdemokraten radelten geschlossen durch die Stadt, um sich die umstrittenen Grünflächen vor Ort anzusehen.

Absicht? Die Mitglieder der Bürgerinitiative macht die Parallelveranstaltung auf jeden Fall stutzig und auch Bürgermeisterin Christiane Küchenhof hätte sich gewünscht, dass ein CDU-Vertreter am Sonnabend an Sitzung teilgenommen hätte.

Adolf Holtschneider macht für die BI klar: „Wir haben einen Auftrag von den 2500 Unterstützern bekommen, die für den Bürgerentscheid unterschrieben haben. Deshalb haben wir keinen Verhandlungsspielraum. Wir werden weiterkämpfen.“